Für die Grünen ist das Ergebnis offen

Diskussion über weitere Windkraftplanungen in Salzkotten

■ Salzkotten. Durch die von der Stadtverwaltung eingeholte Zweitmeinung zur bisherigen Planung von Windkonzentrationszonen sehen die Sälzer Grünen ihre eigene Einschätzung der Situation weitestgehend bestätigt: So reiche beispielsweise die derzeitige Rahmenplanung für das Industriegebiet Berglar West nicht aus, um damit ein weiches Tabukriterium belastbar zu begründen. Ebenso unhaltbar sei die Herausnahme von Flächen im Umfeld der Deponie aufgrund des Landschaftsbildes, weil dort Windenergieanlagen nicht hinter einem Wald stünden, er-

klärte Christina Wilmes. Wie die anderen Fraktionen zeigten sich die Grünen von den Ausführungen des Gutachters Michael Ahn vom Büro Wolters Partner überrascht, wonach eine notwendige Ausrundung der nach jetzigem Stand geeigneten Konzentrationszonen zu einer straken Verkleinerung dieser Flächen führe.

"Bei den ohnehin schon knappen Flächen im Stadtgebiet macht das die Lage noch schwieriger. Dagegen macht die Erkenntnis Hoffnung, dass sich womöglich kleinere Teilflächen zu sogenannten mehrkernigen Konzentrationszonen zusammenfassen lassen und dass laut Herrn Dr. Loske mindestens sechs Potenzialflächen offenbar voreilig ausgeschlossen wurden.", betont das grüne Ausschussmitglied Marc Svensson: "Das kann unseren Entscheidungsspielraum erweitern."

Die Bündnisgrünen sprechen sich nach wie vor dafür aus, den Katalog der weichen Kriterien eingehend zu diskutieren und die Auswirkungen jeder einzelnen Festlegung auf das Endergebnis zu simulieren. "Wir müssen uns genaues-

Endergebnis zu simulieren.
"Wir müssen uns genauestens anschauen, wie die verschiedenen Abstandsszenarien zusammen mit den weichen Kriterien das Ergebnis beeinflussen. Erst dann sehen wir, welche weichen Kriterien wir uns leisten können und welche nicht. Wenn das Ergebnis nicht stimmt, müssen wir unser ei-

genes Vorgehen hinterfragen – so verlangt es auch die Rechtsprechung. Das bedeutet nicht automatisch, dass wir alle Mindestabstände auf ein Minimum eindampfen müssen. Wenn wir am Ende aber ohne rechtssichere Windvorrangzonen dastehen, ist das die schlechteste Lösung", meint Grünen-Fraktionschef Deblinger

tionschef Dehlinger.
Ferner befürworten die Grünen den Vorschlag der Gutachter, bereits jetzt Vermeidungsmaßnahmen wie Abschaltszenarien oder leisere Anlagen der neuesten Generation in die Planungen mit einzubeziehen, um Auswirkungen auf Mensch und Umwelt zu minimieren.